

Niederschrift

Gremium:	Rat
Sitzung:	28. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung (RA/2016/028)
Sitzungsdatum:	Donnerstag, 27.10.2016
Sitzungsort:	Ratssaal des Rathauses, 1. Etage, Raum Nr. 115
Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr	Ende der Sitzung: 21:15 Uhr

Anwesend:

Bürgermeisterin

Voß, Karola

CDU

Vorkamp, Thomas
Benölken, Franz
Büning, Stefan
Ellerkamp, Martin
Enste, Margarete
Große-Schwiep, Josef
Hackfort, Bernhard
Hemsing, Klaus
Isferding, Ute
Kreuziger, Petra
Lefert, Heinrich
Pomberg, Winfried
Reehuis, Markus
Reimering, Ansgar
Terbrack, Karl Heinz
Terhaar, Johannes
Terhalle, Josef
Wantia, Beatrix
Wittenbrink, Thomas
Woltering, Maria

bis einschl. TOP 3 öffentliche Sitzung

SPD

Dönnebrink, Andreas
Brüning, Dietmar
Fischer, Mathilde
Gerick, Alfons

Heitmann, Helene
Herickhoff, Hermann Josef
Lambers, Klaus
Niestegge, Ludwig
Terbeck, Walter

UWG

Ruwe, Felix
Beckers, Andreas
Heijnk, Annegret
Homann, Dieter
Kersting, Hubert
Lange, Hanne
Schulte, Renate

bis einschl. TOP 2.3 nicht-öffentliche Sitzung

Bündnis 90/Die Grünen

Löhring, Klaus
Eisele, Dietmar

WGW

Haveloh, Hermann Josef

FDP

Horst, Reinhard
Klein, Wolfgang

Verwaltung

Althoff, Hans-Georg
Beckmann, Georg
Großmann, Sybille

bis einschl. TOP 13 öffentliche Sitzung

stellv. Schriftführer

Wellers, Fabian

es fehlen entschuldigt:

WGW

Frankemölle, Norbert

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Niederschrift über die 27. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 27.09.2016
- 2 Einwohner/innenfragestunde

- 3 Wahl einer/eines Beigeordneten
- 4 Wahl von Ausschussmitgliedern für den Wasser- und Bodenverband Untere Aa/Wittes Venn
- 5 Bauleitplanung
- 5.1 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 68 - Deventer Weg -;
 - a) Beschluss über die Stellungnahmen
 - b) Satzungsbeschluss
- 6 Hochwasserschutz und ökologische Aufwertung der Gewässer im Stadtgebiet
Projektstand zu den geplanten Maßnahmen
- 7 Satzung zur Aufhebung eines Wirtschaftsweges im Graeser Brink an der Ahauser Aa
- 8 Fortschreibung des Plans zur Förderung der Chancengleichheit von Frau und Mann für die Jahre 2016-2018
- 9 Antrag des Forums Ehrenamtliche Flüchtlingshilfe (FEFA) auf finanzielle Unterstützung des Spendenlagers
- 10 "Gemeinsam statt Einsam"
- 11 Fragenkatalog der CDU-Fraktion zu den Vorwürfen von Bündnis 90/Die Grünen bezogen auf die Anmietung des ehemaligen Volksbank-Gebäudes im Ortsteil Wüllen
- Berichterstattung aus der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Ahaus am 14.09.2016, öffentlicher Teil
- 12 Anträge der Fraktionen
- 12.1 Sachstandsbericht zum Sozialen Wohnungsbau
- Antrag der SPD-Fraktion vom 19.09.2016
- 12.2 Sachstandsbericht zur Planung eines Grüngürtels
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.09.2016
- 12.3 Planungen zum Bahnhofsumfeld
- Antrag der CDU-Fraktion vom 12.10.2016
- 13 Fragen des Rates und Mitteilungen der Verwaltung

B. Nichtöffentliche Sitzung

- 1 Niederschrift über die 27. nicht-öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 27.09.2016

- 2 Grundstücks- und Liegenschaftsangelegenheiten
 - 2.1 Ankauf eines Mehrfamilienhauses im Stadtteil Ahaus

 - 2.2 Umlegung der Wohnbaugrundstücke im Baugebiet Wüllen-Nord

 - 2.3 Übertragung einer Teilfläche aus dem Wirtschaftswegenetz im Graeser Brink

- 3 Vergaben
 - 3.1 Errichtung Kulturzentrum, hier: Thekenanlagen

 - 3.2 Einbau einer aufgeschalteten Brandmeldeanlage im „alten“ Bischof-Tenhumberg-Haus

- 4 Fragenkatalog der CDU-Fraktion zu den Vorwürfen von Bündnis 90/Die Grünen bezogen auf die Anmietung des ehemaligen Volksbank-Gebäudes im Ortsteil Wüllen
- Berichterstattung aus der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Ahaus am 14.09.2016, nicht-öffentlicher Teil

- 5 Fragen des Rates und Mitteilungen der Verwaltung

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion), den Tagesordnungspunkt 6 der öffentlichen Sitzung „Hochwasserschutz und ökologische Aufwertung der Gewässer im Stadtgebiet“ von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und zu vertagen, da noch Beratungsbedarf bestehe.

Nachdem niemand gegen den Antrag spricht, lässt Bürgermeisterin Voß über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Damit ist der Tagesordnungspunkt 6 der öffentlichen Sitzung „Hochwasserschutz und ökologische Aufwertung der Gewässer im Stadtgebiet“ von der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung abgesetzt und wird vertagt.

A. Öffentliche Sitzung

1 Niederschrift über die 27. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 27.09.2016

Die Niederschrift über die 27. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 27.09.2016 wird anerkannt.

2 Einwohner/innenfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

3 Wahl einer/eines Beigeordneten V/2016/0611

Bürgermeisterin Voß stellt den bisherigen Verlauf des Bewerbungsverfahrens dar. So seien in Abstimmung mit den Fraktionen zwei Bewerber für die Stelle des Beigeordneten zur Ratsitzung eingeladen worden. Am Vortag zur Sitzung habe dann der Bewerber Stephan Pohlkamp seine Kandidatur zurückgezogen.

In der Folge stellt sich der verbliebende Bewerber Werner Leuker vor. Fragen von den Ratsmitgliedern zu den Ausführungen ergeben sich nicht. Für die Wahlhandlung verlässt Herr Leuker den Sitzungssaal.

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink beantragt geheime Wahl.

Auf Nachfrage der Bürgermeisterin werden von den Fraktionen folgende Stimmzähler genannt:

- Ansgar Reimering (CDU-Fraktion)
- Ludwig Niestegge (SPD-Fraktion)

Nach geheimer Wahl stellt sich das Wahlergebnis wie folgt dar:

<u>Abgegebene Stimmen:</u>	<u>42</u>
./ Stimmenthaltungen:	0
<u>./ ungültige Stimmen:</u>	<u>0</u>
= gültige Stimmen:	42

Von den gültigen Stimmen entfallen auf

- den Bewerber Werner Leuker 39 Stimmen
- Nein-Stimmen: 3 Stimmen

Bürgermeisterin Voß bittet Herrn Leuker zurück in den Sitzungssaal und verkündet das Wahlergebnis. Anschließend beglückwünscht sie Herrn Leuker und überreicht einen Blumenstrauß. Herr Leuker nimmt die Wahl an und bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen.

Der Rat wählt Herrn Werner Leuker zum Beigeordneten.

Die Wahlzeit beginnt am 01.12.2016.

Der Beigeordnete wird in die Besoldungsgruppe A 16 LBesG NRW eingewiesen. Zusätzlich wird eine Aufwandsentschädigung nach § 6 Eingruppierungsverordnung gewährt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

4 Wahl von Ausschussmitgliedern für den Wasser- und Bodenverband Untere Aa/Wittes Venn

V/2016/0619

Der Rat der Stadt Ahaus bestimmt für die „Gruppe der Städte und Gemeinden“ im seitlichen Einzugsgebiet der zum Verbandsgebiet des Wasser- und Bodenverbandes „Untere Aa/Wittes Venn“ gehörenden Gewässer (Gruppe C) folgende Personen zu ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern und beschließt die Entsendung in den Verbandsausschuss des Wasser- und Bodenverbandes „Untere Aa/Wittes Venn“ für die Amtszeit vom 01.01.2017 bis 31.12.2021:

Ordentliche Mitglieder:

Gregor Ehler
Brink 62
48683 Ahaus

Heinrich Vortkamp
Brink 47
48683 Ahaus

Georg Kemper
Brink 6
48683 Ahaus

Albert Tenhagen
Schwiepinghook 16
48683 Ahaus

Wolfgang Breuers
Eper Damm 36 a
48683 Ahaus

Wilhelm Wessels
Alstätter Brook 7
48683 Ahaus

Ludger Roterring
Alstätter Brook 32
48683 Ahaus

Stellvertretende Mitglieder:

Josef Epping
Stegge 45
48683 Ahaus

Markus Elfering
Nordiek 2
48683 Ahaus

Hermann Thiemann
Thiebrink 2
48683 Ahaus

Josef Große-Schwiep
Schwiepinghook 18
48683 Ahaus

Hermann-Josef Ellerkamp
Schwiepinghook 22
48683 Ahaus

Gregor Rolfes
Alstätter Brook 1
48683 Ahaus

Hermann Schmitz
Alstätter Brook 26
48683 Ahaus

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

5 Bauleitplanung

5.1 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 68 - Deventer Weg -;

a) Beschluss über die Stellungnahmen

b) Satzungsbeschluss

V/2015/0265/2

Vor den Beratungen erklärt sich Ratsherr Reehuis (CDU-Fraktion) für befangen und verlässt den Sitzungssaal.

Ratsfrau Heijnk (UWG-Fraktion) erkundigt sich nach der weiteren zeitlichen Planung.

Beigeordneter Beckmann erläutert, dass in Absprache mit dem involvierten Geldinstitut eine Bebauung voraussichtlich ab Herbst 2017 möglich sein werde.

Der Rat der Stadt beschließt:

a) Beschluss über die Stellungnahmen

201-01: Befahrbarkeit der Straßen mit Löschfahrzeugen der Feuerwehr

Der Hinweis, wonach Kurven- und Fahrbahnverswenkungen hinsichtlich ihrer Befahrbarkeit mit Löschfahrzeugen der Feuerwehr mindestens den Anforderungen der Ziff. 5.203 VV BauO NRW genügen müssen, wird zur Kenntnis genommen.

201-03: Ausweitung der Festsetzung über die Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen und Maße auf die nicht überbaubaren Grundstücksflächen

Der Anregung, die Festsetzung über die Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen und Maße auf die nicht überbaubaren Grundstücksflächen auszuweiten, wird gefolgt.

201-04: Mangelnde Lesbarkeit einzelner Bemaßungen

Dem Bedenken, einzelne Bemaßungen seien nicht lesbar, wird gefolgt. Die Lesbarkeit wird entsprechend verbessert.

201-05: Abgrenzung der öffentlichen Grünfläche entlang des Deventer Wegs ist teilweise nicht erkennbar

Dem Bedenken, die Abgrenzung der öffentlichen Grünfläche entlang der Straße Deventer Weg sei teilweise nicht erkennbar, wird gefolgt. Zur besseren Lesbarkeit wird der Kronendurchmesser der zu erhaltenden Bäume farblos dargestellt.

201-06: Keine eindeutige Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs im Bereich des Deventer Wegs

Dem Bedenken gegen die nicht eindeutige Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs im Bereich des Deventer Wegs wird gefolgt. Auf die Festsetzung einer Straßenbegrenzungslinie entlang der Straße Deventer Weg wird verzichtet.

201-07: Verzicht auf die Abgrenzung der Änderungsbereiche anderer Bebauungspläne

Der Anregung, auf die Abgrenzung der Änderungsbereiche anderer Bebauungspläne zu verzichten, wird gefolgt.

201-08: Verschiebung einer Flurstücksnummer

Der Anregung, die Darstellung der Flurstücksnummer 656 nach außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs zu verschieben, wird gefolgt.

201-09: Abschluss der einschlägigen wasserrechtlichen Verfahren vor Rechtskraft des Bebauungsplans

Der Hinweis, die einschlägigen wasserrechtlichen Verfahren vor Rechtskraft des Bebauungsplans durchzuführen und abzuschließen, wird zur Kenntnis genommen.

201-10: Untersuchung der Bodenverhältnisse zur Versickerung des Niederschlagswassers

Der Anregung gutachterlich zu klären, ob die Bodenverhältnisse für eine Versickerung des im Plangebiet anfallenden Niederschlagswassers geeignet sind, wird nicht gefolgt.

201-11: Ergänzende Bodenluftuntersuchungen zu den Auswirkungen der ehemaligen Deponie Ahaus-Alstätte II auf das Plangebiet

Der Anregung, die seit Jahren zerstörten und nicht beprobten Bodenluftmessstellen BLM 8a und BLM 26 wiederherzustellen und zu beproben wird gefolgt. Darüber hinaus sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

1. Aufnahme der Bodenluftmessstellen BLM 8a neu und BLM 26 neu in die Überwachungsroutine für die ehemalige Deponie.
2. Wiederherstellung der Bodenluftmessstelle BLM 9 und Einbeziehung in die Deponieüberwachung.
3. Herstellung einer zusätzlichen Bodenluftmessstelle im Plangebiet und Einbeziehung in die Deponieüberwachung.
4. Verlegung der Ver- und Entsorgungsleitungen von der Kolbestraße aus
5. Begrenzung der Bodenversiegelung.
6. Weitere Vorsorgemaßnahmen für den unmittelbar an den Deponierandbereich angrenzenden Teil des WA-Gebiets:
 - a) Ausschluss von Kellergeschossen
 - b) Gasdichte Ausführung von Hausanschlussleitungen und Hausanschlüssen / Belüftete Hausanschlussschächte
 - c) Drainageschicht aus Schotter unter der Bodenplatte mit beprobbarem Drainagerohr

Der Bebauungsplan erhält entsprechende Festsetzungen, Darstellungen und Hinweise.

201-12: Keine Nutzung von Grundwasser, das den Anforderungen der Trinkwasserverordnung entsprechen muss

Dem Bedenken gegen die Nutzung von Grundwasser, das den Anforderungen der Trinkwasserverordnung entsprechen muss, wird gefolgt. Der Bebauungsplan erhält unter Bezugnahme auf die Anzeigepflichten in § 13 (1) Satz 1 TrinkwV einen Hinweis.

202-01: Führung des Baustellenverkehrs

Der Hinweis, den Baustellenverkehr soweit wie möglich aus den umliegenden Wohngebieten fernzuhalten, wird zur Kenntnis genommen.

220-01: Keine Löschwasserversorgung für den Objektschutz durch die öffentliche Trinkwasserversorgung

Der Hinweis, dass der Objektschutz für die Löschwasserversorgung durch die öffentliche Trinkwasserversorgung nicht geleistet werden kann, wird zur Kenntnis genommen. Die Begründung wird entsprechend geändert.

227-02: Sicherung vorhandener Telekommunikationslinien und -einrichtungen in den Randbereichen des Plangebiets

Der Hinweis auf vorhandene Telekommunikationslinien und -einrichtungen in den Randbereichen des Plangebiets wird zur Kenntnis genommen.

227-03: Anzeige des Beginns der Erschließungsarbeiten

Der Hinweis, der Deutschen Telekom Technik GmbH den Beginn der Erschließungsarbeiten mindestens 4 Monate vor Baubeginn schriftlich anzuzeigen, wird zur Kenntnis genommen.

b) Satzungsbeschluss nach § 10 (1) BauGB

(1) Auf Grund des § 10 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) sowie § 86 (4) der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung - BauO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. März 2000 (GV. NRW. S.256), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) i. V. m. §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. Juni 2015 (GV. NRW. S. 496) wird die **2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 68 – Deventer Weg** - als Satzung beschlossen.

Die Begründung wird gebilligt.

(2) Die von diesem Bebauungsplan erfassten Teile des Bebauungsplans Nr. 68 - Deventer Weg -, zuletzt geändert durch die 1. Änderung des v. g. Bebauungsplans werden aufgehoben. Satz 1 gilt sinngemäß für die örtlichen Bauvorschriften, die für von diesem Bebauungsplan erfassten Teile des v. g. Bebauungsplans gelten.

(3) Der Beschluss über den Bebauungsplan ist gem. § 10 (3) Satz 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmiger Beschluss

6 Hochwasserschutz und ökologische Aufwertung der Gewässer im Stadtgebiet Projektstand zu den geplanten Maßnahmen V/2016/0613

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung abgesetzt und vertagt (siehe S. 4).

7 Satzung zur Aufhebung eines Wirtschaftsweges im Graeser Brink an der Ahauer Aa V/2014/0095/1

Der Rat beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt folgende Satzung:

Satzung zur Einziehung eines Wirtschaftsweges im Graeser Brink an der Ahauer Aa

Aufgrund der §§ 7 und 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2013 (GV. NRW. S. 878) und des § 58 Absatz 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) in der Fassung vom 16.03.1976 (BGBl. 1976 I S. 546), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19.12.2008

(BGBl. I S. 2794) hat der Rat der Stadt Ahaus in der Sitzung am _____ diese Satzung beschlossen.

§ 1

Der im Flurbereinigungsverfahren Graes (Umlegungsplan vom 10. Juni 1950), Az.: - G. 240 -, Archiv – Nr. 322 Flurbereinigungsbehörde der Bezirksregierung Münster, entstandene Wirtschaftsweg, mit der heutigen Bezeichnung Gemarkung Alstätte, Flur 19, Flurstück 55 - teilweise, wird in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsweg in der in der Anlage bezeichneten Größe eingezogen. Die Zweckbestimmung als Wirtschaftsweg wird hiermit aufgehoben. Ein landwirtschaftliches Nutzungsbedürfnis liegt nicht mehr vor. Der Wirtschaftsweg ist in der Anlage (Übersichtsplan) in gelber Farbe gekennzeichnet. Die Anlage ist Bestandteil dieser Satzung.

§ 2

Alle entgegenstehenden Festsetzungen des Flurbereinigungsverfahrens (Umlegungsplan) vom 10. Juni 1950 (Az.: G. 240) werden aufgehoben.

§ 3

Die Satzung tritt mit dem Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Anlage: Übersichtsplan zur Lage der Wegeparzelle im Graeser Brink

Abstimmungsergebnis

Einstimmiger Beschluss

8 Fortschreibung des Plans zur Förderung der Chancengleichheit von Frau und Mann für die Jahre 2016-2018 V/2016/0622

Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Ahaus, Frau Sybille Großmann erläutert den vorgelegten Bericht über die Umsetzung des Plans zur Förderung der Chancengleichheit für die Jahre 2013-2015 sowie die weiteren Planungen in den kommenden Jahren.

Ratsfrau Lange (UWG-Fraktion) lobt den Umgang der Stadtverwaltung mit aus dem Mutterschutz oder der Elternzeit zurückkehrenden Müttern, kritisiert aber die weitgehende Besetzung der Führungspositionen mit Männern.

Ratsfrau Fischer (SPD-Fraktion) betont die gute Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten. In Zukunft müsse man Konzepte finden, um auf die Herausforderungen des demografischen Wandels zu reagieren. Hier sei ihr neben der Kindererziehung gerade die Möglichkeit der Pflegezeit für Angehörige wichtig.

Ratsherr Homann (UWG-Fraktion) erkundigt sich nach eventuell negativen Auswirkungen der Regelungen zur leistungsorientierten Bezahlung auf die Teamarbeit.

Bürgermeisterin Voß erklärt, dass in Zukunft geplant sei, bei der Auswertung der Bewertungen im Rahmen der leistungsorientierten Bezahlung die Gleichstellungsbeauftragte zu beteiligen und gerade in Hinsicht auf die Prämienverteilung zwischen Mann und Frau zu beobachten. Das Modell „leistungsorientierte Bezahlung“ selbst sei immer wieder in der Diskussion und es sei Aufgabe der Stadtverwaltung, es in den kommenden Jahren weiter zu verbessern.

Auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden Löhring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erklärt sie ferner, dass die Entscheidung, ob und inwieweit eine zu besetzende Stelle intern und/oder extern ausgeschrieben wird, von der Bürgermeisterin als Dienstherrin getroffen wird.

Der Rat nimmt den Bericht über die Umsetzung des Plans zur Förderung der Chancengleichheit für die Jahre 2013-2015 zur Kenntnis und beschließt die Fortschreibung für die Jahre 2016-2018.

Abstimmungsergebnis

Einstimmiger Beschluss

9 Antrag des Forums Ehrenamtliche Flüchtlingshilfe (FEFA) auf finanzielle Unterstützung des Spendenlagers A/2016/0074/1

Ratsherr Homann (UWG-Fraktion) sowie Ratsfrau Fischer (SPD-Fraktion) berichten aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Arbeit, Familien und Senioren. Der Beschlussvorschlag sei um folgenden Satz ergänzt worden: „Der Ausschuss beauftragt die Bürgermeisterin Karola Voß zeitnah mit „Der Drehscheibe“ Gespräche zu möglichen Wegen der Unterstützung aufzunehmen.“

Bürgermeisterin Voß führt hierzu aus, dass sie ein Gespräch mit dem 1. Vorsitzenden des Vereins „Die Drehscheibe - Spendenlager Ahaus“, Herrn Bernd Overkamp geführt habe und dieser deutlich gemacht habe, dass eine Unterstützung seitens der Stadt in Form der Übernahme einer Bürgschaft für die Mietkaution nicht mehr erforderlich sei. Der entsprechende Mietvertrag sei bereits abgeschlossen, so dass eine Unterstützung nicht mehr notwendig sei. Ferner habe Frau Voß den Kontakt zu einem Kreditinstitut für einen möglichen Zuschuss vermittelt. Damit bestehe aktuell kein weiterer Bedarf.

Seitens der Stadt werde das Engagement des Vereins ausdrücklich gewürdigt. Eine Konkurrenzsituation zu den bestehenden Einrichtungen sei nicht gewollt, der Verein unterstütze diese und biete eine Zusammenarbeit an.

Der Rat der Stadt Ahaus lehnt auf Empfehlung des Ausschusses für Soziales und Arbeit, Familien und Senioren den Antrag des Vereins „Die Drehscheibe - Spendenlager Ahaus“ vom 24.04.2016 (modifiziert durch E-Mail vom 19.09.2016) ab.

Abstimmungsergebnis

40	Ja-Stimmen
1	Enthaltung

Vor den Beratungen erklärt sich Ratsfrau Fischer (SPD-Fraktion) für befangen und verlässt den Sitzungssaal.

Der Rat beschließt, dem Sozialdienst katholischer Frauen e.V. (SkF) für die Durchführung des Projektes „Gemeinsam statt Einsam“ in den Haushaltsjahren 2017 bis 2020 einen anteiligen Zuschuss in Höhe von jährlich 10.806 € zu gewähren. Die Zuschussgewährung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass das Projekt im Rahmen von LEADER (Förderprogramm der Europäischen Union) gefördert wird.

Abstimmungsergebnis

39 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

11 Fragenkatalog der CDU-Fraktion zu den Vorwürfen von Bündnis 90/Die Grünen bezogen auf die Anmietung des ehemaligen Volksbank-Gebäudes im Ortsteil Wüllen - Berichterstattung aus der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Ahaus am 14.09.2016, öffentlicher Teil

Vor den Beratungen erklärt sich Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) für befangen und verlässt den Sitzungssaal.

Ratsherr Lambers (SPD-Fraktion) berichtet aus den im Vorfeld zur Ratssitzung stattgefundenen Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses. So seien in der Ausschusssitzung am 14. September 2016 die gestellten Fragen in Gänze beantwortet worden. Ergänzende Fragen aus dem Ausschuss seien ebenfalls zufriedenstellend beantwortet worden. In der direkt vor der Ratssitzung stattgefundenen Ausschusssitzung sei die Niederschrift zur vorgenannten Sitzung einstimmig anerkannt worden.

Der Rat nimmt die Ausführungen zur Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss zur Kenntnis.

12 Anträge der Fraktionen

12.1 Sachstandsbericht zum Sozialen Wohnungsbau - Antrag der SPD-Fraktion vom 19.09.2016 A/2015/0048/2

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) erläutert den Antrag seiner Fraktion und verweist hierzu auf die dort gemachten Angaben.

Bürgermeisterin Voß schlägt vor, den Antrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Soziales und Arbeit, Familien und Senioren zu verweisen.

Der Antrag wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Soziales und Arbeit, Familien und Senioren verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

12.2 Sachstandsbericht zur Planung eines Grüngürtels - Antrag der SPD-Fraktion vom 20.09.2016 A/2016/0077

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Bürgermeisterin Voß schlägt vor, den Antrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Tourismus zu verweisen.

Der Antrag wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Tourismus verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

12.3 Planungen zum Bahnhofsumfeld - Antrag der CDU-Fraktion vom 12.10.2016 A/2016/0078

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Bürgermeisterin Voß schlägt vor, den Antrag zur weiteren Beratung im Rahmen der Haushaltsplanung an den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.

Der Antrag wird zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

13 Fragen des Rates und Mitteilungen der Verwaltung

Fragen der Ratsmitglieder:

- Ratsfrau Lange (UWG-Fraktion) zu den Tiefbaumaßnahmen auf dem Ammelner Weg und zum Baufortschritt am Kulturquadrat:

Beigeordneter Beckmann erläutert zum Thema Ammelner Weg, dass in der 44. KW die Fahrbahndecke aufgezogen werden solle. Inwiefern sich Regressansprüche o.ä. ergäben müsse in der Folge geprüft werden.

Der Zeitplan am Kulturzentrum sehe weiterhin vor, dass die Stadthalle am 9. Dezember 2016 an die Stadt Ahaus übergeben werde. Bis dahin müssten die Abnahme- maßnahmen abgeschlossen sein.

- Ratsherr Beckers (UWG-Fraktion) zur Baustelle am ehemaligen Rathaus II/ Berken:

Beigeordneter Beckmann erklärt, dass der Bauherr zur Zeit noch auf eine notwendige Genehmigung einer Fachbehörde warte. Als Baubeginn sei ihm Anfang Dezember 2016 signalisiert worden.

- Ratsherr Niestegge (SPD-Fraktion) zum Ahauser Friedhof und zur Straßenbaumaßnahme am Windhuk:

Beigeordneter Beckmann erklärt, dass nach Ansicht des Kampfmittelbeseitigungsdienstes eine weitere Überprüfung notwendig sei. Diese Arbeiten würden Anfang No-

vember wieder aufgenommen und sollten planmäßig noch im Jahr 2016 abgeschlossen sein.

Am Windhuk sei der Stand der Dinge, dass dort seitens des Fachbereiches Tiefbau und Entsorgung geplant sei, die Fahrbahn von 10 m auf ca. 5,50 - 5,60 m zu verengen. Dies würde eine Erneuerung der Fahrbahndecke sowie der Randsteine notwendig machen. Problematisch sei, dass der Regenwasserkanal ausgetauscht werden müsse. Hierbei handele es sich um eine investive Maßnahme, für die im Haushaltsjahr 2016 keine Mittel zur Verfügung gestanden hätten. Für den Haushalt 2017 seien entsprechende Mittel vorgesehen.

- Ratsherr Büning (CDU-Fraktion) zum Brandschutzbedarfsplan:

Erster Beigeordneter Althoff führt aus, dass der Zeitplan für die baulichen Maßnahmen aus dem Brandschutzbedarfsplan im Rahmen des Gebäudezustandsberichts in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr am 10.11.2016 vorgestellt werde.

- Ratsherr Klein (FDP-Fraktion) zum Rutschenturm und weiteren baulichen Maßnahmen im Schlossgarten:

Bürgermeisterin Voß erläutert die Hintergründe für die Entscheidung, Sand auf dem Gehweg vor dem Rutschenturm aufzubringen. Die Verwaltung bemühe sich hier um eine gute, endgültige Lösung.

Beigeordneter Beckmann erklärt, dass seitens des Bauhofs derzeit Arbeiten zur Ausbesserung des Pflasters im Schlossgarten durchgeführt würden. Im Laufe der Arbeiten sei deutlich geworden, dass für eine zufriedenstellende Lösung hier ein größerer Aufwand betrieben werden müsse. Die Arbeiten würden zudem als Projekt für die Auszubildenden am Baubetriebshof durchgeführt.

- Ratsherr Beckers (UWG-Fraktion) zum Teehäuschen im Schlossgarten:

Beigeordneter Beckmann führt aus, dass die polizeilichen Ermittlungen derzeit noch nicht abgeschlossen seien. In der Folge seien vor einer Ausbesserung des Schadens zunächst versicherungsrechtliche Fragen zu klären.

Mitteilungen der Verwaltung:

- Bürgermeisterin Voß zur Anfrage des Ratsmitgliedes Löhring zu Klageverfahren:

Bürgermeisterin Voß weist hierzu auf die ausgelegte Tischvorlage hin und erläutert die genannten Zahlen.

- Bürgermeisterin Voß zur Auszeichnung der Stadt Ahaus als „Fair Trade Stadt“:

Bürgermeisterin Voß führt aus, dass inzwischen alle Voraussetzungen für eine Beantragung der Auszeichnung vorlägen. In der 44. KW werde der entsprechende Antrag von der Sprecherin der Steuerungsgruppe sowie von der Bürgermeisterin unterzeichnet und die Unterlagen auf den Weg gebracht.

gez. **Karola Voß**
Bürgermeisterin

gez. **Fabian Wellers**
stellv. Schriftführer